

# **Hauptausschuss**

## **Protokoll Nr. HA/04/2012**

**über die öffentliche Sitzung  
des Hauptausschusses am 16.04.2012,  
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 21:15 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Hartmut Möller

#### **Stadtverordnete**

Frau Marion Clasen  
Herr Detlef Levenhagen  
Frau Monja Löwer  
Frau Susanne Philipp-Richter  
Herr Hinrich Schmick  
Herr Roland Wilde  
Frau Petra Wilmer

i. f. V. für STV Bellizzi - beratend -

#### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Klaus Butzek  
Herr Jan-Christian Ebert  
  
Herr Christof Schneider

Seniorenbeirat bis TOP 14  
Kinder- u. Jugendbeirat bis  
TOP 14  
Seniorenbeirat bis TOP 14

#### **Verwaltung**

Herr Michael Sarach  
Herr Robert Link  
Frau Meike Niemann  
Herr Thomas Reich  
Frau Birgit Reuter

Bürgermeister  
bis TOP 7

Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlt/fehlen**

#### **Stadtverordnete**

Herr Thomas Bellizzi

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 3/2012 vom 19.03.2012
5. Bericht des Bürgermeisters
  - 5.1 Nachrücken eines Stadtverordneten
  - 5.2 Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirats für die Zeit vom 01.01.2011 bis 31.12.2011
  - 5.3 Gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Finanzausschusses
  - 5.4 Änderung der Gemeindeordnung
  - 5.5 Vertrag zwischen dem Kreis Stormarn und den Kommunen über Erstattung von Kosten nach dem Bildungs- und Teilhabepaket
6. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 23.04.2012
7. Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2012  
- Beschlussfassung über den 1. Nachtragsstellenplan 2012 **2012/034/1**
8. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2012 **2012/038**
9. IT-Kooperation im Kreis Stormarn **2012/046**
10. Städtepartnerschaft mit der polnischen Stadt Legionowo
11. Festlegung der Delegation für die Reisen in die Partnerstädte
12. Antrag der WAB-Fraktion - Anträge für die Einwohnerversammlung **AN/024/2012**
13. Gebietsänderungsvertrag mit der Gemeinde Delingsdorf  
- Verhandlungsergebnis **2012/048**

14. Verschiedenes

14.1 Versendung von Wahlbenachrichtigungskarten zur Landtagswahl

14.2 Besuch von 15 Jugendlichen im Rahmen des Programmes "Jugend in Aktion" und der Stifung Jugendarbeit Stormarn

## **1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **2. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

## **3. Festsetzung der Tagesordnung**

Auf Anfrage zu dem TOP 9 „Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2012“ berichtet die Verwaltung, dass die Tarifierhöhung in Höhe von 3 % im Rahmen des Haushalts 2012 veranschlagt worden sei. Ggf. kann ein Ausgleich der Differenz von 0,5 % (ca. 60.000 €) durch anderweitige Einsparungen erfolgen; dies ergibt sich im laufenden Haushaltsjahr und könnte im Bedarfsfall in einem 2. Nachtrag berücksichtigt werden.

Bürgermeister Sarach stellt den Dringlichkeitsantrag gem. § 34 Abs. 4 in Verbindung mit § 46 Abs. 12 Gemeindeordnung den Tagesordnungspunkt „Gebietsänderungsvertrag mit der Gemeinde Delingsdorf, Verhandlungsergebnis“ auf der heutigen Sitzung des Hauptausschusses zu behandeln.

Ausschussmitglied Wilde beantragt die Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung, da massive Belange Dritter beeinträchtigt seien, auch u. a. im Hinblick auf Grunderwerbsangelegenheiten und die noch nicht abschließende Diskussion in den städtischen Gremien über den noch abzuschließenden Vertrag mit Delingsdorf.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Grundsatz der Öffentlichkeit besteht. Das Verhandlungsergebnis mit der Gemeinde Delingsdorf liegt endgültig vor; ausschließlich die Beratung in den Gremien steht noch aus. Im Rahmen des Gebietsänderungsverfahrens ist ohnehin eine öffentliche Anhörung vorgesehen. Berechtigte Interessen Einzelner sind im Rahmen des Gebietsänderungsvertrages nicht betroffen.

**Abstimmungsergebnis:** 3 dafür  
3 dagegen

Anschließend stimmen die Ausschussmitglieder der Behandlung des Tagesordnungspunktes „Gebietsänderungsvertrag mit der Gemeinde Delingsdorf, Verhandlungsergebnis“ mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der stimmberechtigten Ausschussmitglieder zu.

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmen der Behandlung der Tagesordnungspunkte „Bericht des Bürgermeisters“ und „Verschiedenes“ in nicht öffentlicher Sitzung gemäß § 46 Abs. 8 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Die Mitglieder stimmen anschließend mit oben genannter Ergänzung der mit Einladung vom 05.04.2012 versandten Tagesordnung mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

## **5. Bericht des Bürgermeisters**

### **5.1 Nachrücken eines Stadtverordneten**

Bürgermeister Sarach gibt bekannt, dass gem. § 44 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz in Verbindung mit § 67 Gemeinde- und Kreiswahlordnung für die direkt gewählte Bewerberin der SPD-Fraktion, Frau Birte Voss, der nächste Listenbewerber, Herr Walter Schneider, nachrückt. Die bei der Gemeindewahl am 25.05.2008 direkt gewählte Bewerberin der SPD-Fraktion, Frau Voss, hat mit sofortiger Wirkung ihren Sitz niedergelegt.

### **5.2 Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirats für die Zeit vom 01.01.2011 bis 31.12.2011**

Der Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates für die Zeit vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 wird zur Kenntnis gegeben.

### **5.3 Gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Finanzausschusses**

Am 22.05.2012 findet eine gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Finanzausschusses zur Eröffnungsbilanz statt.

### **5.4 Änderung der Gemeindeordnung**

Die geänderte Gemeindeordnung wird Mitte April in Kraft treten.

Bevor eine Anpassung in der Hauptsatzung und in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt, wird der Einführungserlass des Innenministeriums einschließlich Stellungnahme des Städtebundes abgewartet. Entsprechend Artikel 11 des Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher und wahlrechtlicher Vorschriften sind die Satzungen nach den §§ 16 a und 16 b der Gemeindeordnung (Beteiligungsrechte) spätestens 1 Jahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erlassen. In der Zwischenzeit gelten dementsprechend die umfassenden Regelungen der bisherigen Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg in Sachen Beteiligungsrechte.

Sobald der Einführungserlass und Stellungnahmen des Städteverbandes vorliegen, wird eine Vorlage zur Änderung der Hauptsatzung zur Zustimmung im Hauptausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

## **5.5 Vertrag zwischen dem Kreis Stormarn und den Kommunen über Erstattung von Kosten nach dem Bildungs- und Teilhabepaket**

Bürgermeister Sarach berichtet, dass der Kreis Stormarn mit den kreisangehörigen Kommunen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Erstattung von Verwaltungskosten für die Durchführung von Aufgaben nach § 6 b Bundeskindergeldgesetz (sog. Bildungs- und Teilhabepaket für "Wohngeldkinder") abschließen wird. Der Vertragsentwurf ist nicht zu beanstanden, zumal die Kommunen höhere Erstattungen als erwartet erhalten werden. Die Mitglieder des Hauptausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

## **6. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 23.04.2012**

Bürgermeister Wilde erläutert die Einladung der Stadtverordnetenversammlung.

Zum Top 11 „Antrag der WAB-Fraktion, dem Kulturplan der Stadt Ahrensburg zuzustimmen, einschließlich einer gesonderten Zustimmung zu kostenpflichtigen Maßnahmen durch die Gremien“ würde er empfehlen, diesen Tagesordnungspunkt in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss zurück zu verweisen.

Im Übrigen verweist er auf seine Anmerkungen in dieser Sitzung im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Festsetzung der Tagesordnung“ zu der Behandlung des Tagesordnungspunktes „Gebietsänderungsvertrag mit der Gemeinde Delingsdorf/Verhandlungsergebnis“ in nicht öffentlicher Sitzung.

**7. Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2012  
- Beschlussfassung über den 1. Nachtragsstellenplan 2012**

Auf Nachfrage von Bürgervorsteher Wilde wird eine „Leseanleitung zum Stellenplan“ von der Verwaltung verteilt (**s. Anlage**).

In der Sitzung des Hauptausschusses am 19.03.2012 wurde die Beschlussfassung über den 1. Nachtragsstellenplan 2012 im Rahmen der Vorlage 2012/034 mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

Bei der Vorlage 2012/034/1 handelt es sich um eine Ergänzung zu der Vorlage 2012/034 dahingehend, dass eine Teilzeitstelle mit 25 Wochenstunden im Fachdienst IV.1 - Bauverwaltung eingerichtet wird. Die stellenplanmäßige Deckung erfolgt aus den beiden Bautechnikerstellen. Dadurch entfällt die Stelle Nr. 128/2012 ganz und die Stelle Nr. 127/2012 wird um 5,5 Std. auf 14 Wochenstunden reduziert.

Der Hauptausschuss empfiehlt anschließend der Stadtverordnetenversammlung, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**6 dafür  
1 Enthaltung**

**8. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2012**

Nur das Produktsachkonto 42420.5315000 „badlantic Defizitzuschuss“ betrifft den Hauptausschuss, wobei es sich um eine voraussichtliche Nachzahlung für 2011 in Höhe von 70.000 € handelt, sodass das Defizit somit für 2011 rund 1,52 Mio. € beträgt.

Die Mitglieder des Hauptausschusses empfehlen der Stadtverordnetenversammlung, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

|                             |                     |
|-----------------------------|---------------------|
| <b>Abstimmungsergebnis:</b> | <b>5 dafür</b>      |
|                             | <b>1 dagegen</b>    |
|                             | <b>1 Enthaltung</b> |

## 9. IT-Kooperation im Kreis Stormarn

Bürgermeister Sarach berichtet, dass auf Kreisebene eine IT-Kooperation mit der Einrichtung eines gemeinsam genutzten Rechenzentrums durch Städte und Gemeinden des Kreises Stormarn geplant ist. Von den Ausschussmitgliedern wird ein Mandat benötigt, das im Rahmen von weiterführenden Verhandlungen die Wirtschaftlichkeit, rechtliche und technische Umsetzung, Größenordnung und Konsequenzen einer IT-Kooperation geprüft werden. Erst mit dem durch die Gremien zuzustimmenden Abschluss eines Vertrages erfolgt eine endgültige Entscheidung.

Ausschussmitglied Schmick beantragt, dass der Hauptausschuss in der heutigen Sitzung den Beschlussvorschlag lediglich zur Kenntnis nimmt.

Ausschussmitglied Wilde bittet um Klärung unter Berücksichtigung der zusätzlichen Unterlagen zur Vorlage 2012/046 Seite 42 zu personalrechtlichen Fragen bzw. der Beteiligung der Personalräte.

Ausschussmitglied Möller befürwortet die geplante IT-Kooperation aus technischen und organisatorischen Gründen, jedoch unter der Voraussetzung der Ermittlung der Gesamtkosten und Wirtschaftlichkeit pro User unter Berücksichtigung einer aktuellen Entscheidung des BFH über die einzuführende Umsatzsteuerpflicht der Kommunalunternehmen untereinander.

Anschließend stimmt der Hauptausschuss wie folgt über den Beschlussvorschlag ab:

|                             |                     |
|-----------------------------|---------------------|
| <b>Abstimmungsergebnis:</b> | <b>5 dafür</b>      |
|                             | <b>1 dagegen</b>    |
|                             | <b>1 Enthaltung</b> |

Da dem Beschlussvorschlag zugestimmt worden ist, hat sich der Antrag über die Kenntnisnahme erledigt.

## **10. Städtepartnerschaft mit der polnischen Stadt Legionowo**

In Bezug auf die Sitzung des Hauptausschusses am 20.02.2012 , TOP 5.3, berichtet die Verwaltung, dass das Amt Trittau Ende Oktober 2011 eine Partnerschaft mit der Gemeinde Wieliszew in Polen vereinbart hat.

Der Amtsvorsteher des Amtes Trittau hat eine Anfrage aus der Nachbarstadt Legionowo erhalten. Diese Stadt sucht jetzt eine Städtepartnerschaft in Deutschland.

Nach Diskussion kommen Hauptausschuss und Verwaltung überein, dass Bürgermeister Sarach und Bürgervorsteher Wilde die Städtepartnerschaft aus finanziellen und zeitlichen Gründen ablehnen werden.

## 11. Festlegung der Delegation für die Reisen in die Partnerstädte

Ein entsprechender Vermerk ist als **Anlage 1** beigelegt.

Aufgrund der Diskussion zur Besetzung der Position der Städtepartnerschaftsbeauftragten bittet der Ausschuss, die Richtlinie zur Besetzung von Städtepartnerschaftsbeauftragten beizufügen (**s. Anlage 2**) und Beratung in der kommenden Sitzung des Hauptausschusses.

### **Anmerkung der Verwaltung:**

*Die Mitglieder der Arbeitsgruppe wurden Ende 2012 im Hauptausschuss benannt.*

*Die Arbeitsgruppe hat sowohl am 18.01.2012 als auch am 22.03.2012 getagt und setzt sich zurzeit wie folgt zusammen:*

|                                  |                                                                  |
|----------------------------------|------------------------------------------------------------------|
| <i>Michael Sarach</i>            | <i>– Bürgermeister – Vorsitzender</i>                            |
| <i>Carola Behr</i>               | <i>– Beauftragte Feldkirchen und Fraktionsvertretung der CDU</i> |
| <i>Rafael Haase</i>              | <i>– Beauftragter Viljandi</i>                                   |
| <i>Horst Marzi</i>               | <i>– Beauftragter Ludwigslust</i>                                |
| <i>Karen Schmick</i>             | <i>– Beauftragte Esplugues</i>                                   |
| <i>Doris Unger</i>               | <i>– Fraktionsvertretung SPD</i>                                 |
| <i>Claas-Christian Dähnhardt</i> | <i>– Fraktionsvertretung Grüne/Bündnis 90</i>                    |
| <i>Hinrich Schmick</i>           | <i>– Fraktionsvertretung WAB</i>                                 |
| <i>Thomas Bellizzi</i>           | <i>– Fraktionsvertretung FDP</i>                                 |
| <i>Maren Kahl</i>                | <i>– Verwaltung St 1.2</i>                                       |
| <i>Petra Haebenbrock-Sommer</i>  | <i>– Verwaltung St 1.1</i>                                       |

Bis zur Kommunalwahl 2013 sollte die Arbeitsweise in dieser Form geprobt werden.

Gemäß 3.4 des Konzeptes kann die Arbeitsgruppe zur Beratung jedoch weitere Vertreter aus den Interessengruppen und/oder der Verwaltung hinzuziehen.

**12. Antrag der WAB-Fraktion - Anträge für die Einwohnerversammlung AN/024/2012**

Die Mitglieder des Ausschusses erklären, dass entsprechend dem Antrag der WAB-Fraktion bereits verfahren wird.

Anregungen aus der Einwohnerversammlung werden, sofern keine Ferien dazwischen liegen, zeitnah und inhaltlich unverändert der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

Die Anregungen aus der Einwohnerversammlung werden schriftlich formuliert und in dieser schriftlichen Formulierung der Vorlage beigelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung verweist die Anregungen an die entsprechenden Ausschüsse. Dort folgt eine Behandlung der verschiedenen Anregungen, eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich. Sollte trotzdem eine Beschlussfassung erfolgen, bedeutet dies nicht, dass der Anregung auch gefolgt werden muss.

Das Ergebnis der Behandlung der Anregung in den Ausschüssen wird dann wieder in der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben. Die Stadtverordnetenversammlung hat in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, das Ergebnis der Beratung zu ändern.

Bürgermeister Wilde könnte sich vorstellen, dass zukünftig weiterhin in den Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung die Anregung aus der Einwohnerversammlung dem Ergebnis der Behandlung in dem Ausschuss gegenüber gestellt wird.

Anschließend wird über den Antrag der WAB-Fraktion wie folgt abgestimmt:

|                             |                     |
|-----------------------------|---------------------|
| <b>Abstimmungsergebnis:</b> | <b>1 dafür</b>      |
|                             | <b>5 dagegen</b>    |
|                             | <b>1 Enthaltung</b> |

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**13. Gebietsänderungsvertrag mit der Gemeinde Delingsdorf  
- Verhandlungsergebnis**

Die Verwaltung erläutert die Vorlage einschl. Nachfragen.

Im Rahmen der nachfolgenden Diskussion wird festgestellt, dass Gegenstand der bei den unter Pkt. 4 aufgeführten Steuermehreinnahmen die Grund- und Gewerbesteuer sind und nicht Einkommenssteueranteile.

Für die gegenseitig zu tauschenden Flächen sollten die gleichen Konditionen gelten, das heißt für die städtischen Flächen im Bereich Beimoor, die zukünftig Delingsdorfer Hoheitsgebiet werden, ist auch eine 30-jährige Frist zur Aufteilung möglicher gemeindlicher Steuereinnahmen einzuführen.

Der Vertrag über die Gebietsänderung tritt mit dem Bau der Nordtangente in Kraft.

Es erfolgt keine Beschlussfassung aufgrund der noch anstehenden Beratung in den Fraktionen.

## **14. Verschiedenes**

### **14.1 Versendung von Wahlbenachrichtigungskarten zur Landtagswahl**

Ein Ausschussmitglied berichtet über Aussagen von einigen Bürgern über in diesem Jahr ggf. verspätet versandte Wahlbenachrichtigungskarten.

#### **Anmerkung der Verwaltung:**

*Die Wahlbenachrichtigungskarten sind innerhalb der gesetzlichen Frist übersandt worden. In Einzelfällen mögen die Osterfeiertage zu einer Überschneidung bei Ortsabwesenheit geführt haben. Im Übrigen war es jedem Wahlberechtigten möglich, die Briefwahl bei Bedarf im Vorfeld direkt bei der Wahlbehörde zu beantragen.*

### **14.2 Besuch von 15 Jugendlichen im Rahmen des Programmes "Jugend in Aktion" und der Stifung Jugendarbeit Stormarn**

Herr Ebert bedankt sich im Namen des Stadtjugendringes für die großartige Unterstützung durch den Bürgermeister im Rahmen des Austausches mit Esplugues.

Aufgrund seines angehenden Studiums in Frankreich wird Herr Ebert seine Tätigkeit im Stadtjugendring aufgeben.

gez. Hartmut Möller  
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter  
Protokollführerin